

Für umweltfreundlichere Lebensmittel

Handlungsempfehlungen des Verbraucherzentrale Bundesverbands und des Umweltbundesamts

Die Produktion und der Konsum von Lebensmitteln haben erhebliche Folgen für Umwelt und Verbraucher: Der Ernährungssektor in Deutschland ist schon heute für 16 bis 22 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich.¹ Mehr als zwei Drittel aller Stickstoffeinträge in Gewässern kommen aus der Landwirtschaft.² Jedes Jahr landen etwa elf Millionen Tonnen Lebensmittel in der Abfalltonne statt auf dem Teller.³ Entwicklungen wie diese schaden der Umwelt, können sich langfristig im Portemonnaie von Verbraucherinnen und Verbrauchern bemerkbar machen und das Warenangebot verändern. Es ist Zeit, umzudenken – für Politik, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verbraucher. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und das Umweltbundesamt (UBA) haben vier wesentliche Handlungsfelder identifiziert:

1. Stickstoffüberschüsse

Stickstoff ist als Dünger ein entscheidender Nährstoff beim Anbau von Nahrungsmitteln. Aber nur ein Teil des Stickstoffs wird von den Pflanzen aufgenommen und genutzt. Ein großer Teil gelangt in Luft und Wasser – und wird zum Problem. So belastet Stickstoff das Grundwasser, die Hauptquelle unseres Trinkwassers. Ein Viertel aller Grundwasservorkommen in Deutschland weist zu hohe Nitratwerte auf.⁴ Wird der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter überschritten, kann das Grundwasser nicht mehr ohne Weiteres als Trinkwasser genutzt werden. Die Folge: Brunnen müssen zum Teil aufgegeben oder – wenn überhaupt möglich – in tiefere Schichten verlagert werden. Auswirkungen auf den Wasserpreis sind in Zukunft nicht auszuschließen. Zuviel Stickstoff bedroht zudem die Artenvielfalt und Luftqualität und verschärft den Klimawandel. Das erklärte Ziel der Bundesregierung, bis 2010 den Überschuss auf 80 Kilogramm Stickstoff pro Hektar Landwirtschaftsfläche und Jahr zu senken, wurde deutlich verfehlt: Der Mittelwert der vergangenen Jahre liegt bei etwa 97. Die Stickstoffverluste aus der Landwirtschaft müssen weiter reduziert werden.

- **Düngeverordnung überarbeiten**

Eine ambitionierte Überarbeitung der Düngeverordnung ist dringend nötig, um die Stickstoffeffizienz weiter zu steigern und Stickstoffverluste zu vermindern. Die Vorschläge einer vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eingesetzten Evaluierungsgruppe der Agrarministerien der Länder müssen zügig und umfassend umgesetzt werden. Sie sehen unter anderem eine verbesserte Düngeplanung und

Pressesprecherin Verbraucherzentrale Bundesverband:

Mirjam Stegherr
Telefon: (030) 258 00 - 525
presse@vzbv.de

Stellvertretender Pressesprecher Umweltbundesamt:

Stephan Gabriel Haufe
Telefon: (0340) 2103 - 6625
stephan.gabriel.haufe@uba.de

Nährstoffbilanzierung, eine Beratungspflicht der Landwirte bei Überschreitung von Grenzwerten und den verpflichtenden Einsatz emissionsarmer Techniken zum Ausbringen des Düngers vor.

- **Stickstoffproblematik in der Agrarpolitik stärker berücksichtigen**
Die Stickstoffproblematik fand bei der Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik bisher kaum Berücksichtigung. Bund und Länder müssen nationale Spielräume nutzen, um Stickstoffüberschüsse zu reduzieren – indem sie zum Beispiel den ökologischen Landbau unterstützen und das Thema bei der nächsten Evaluierung der europäischen Agrarpolitik 2017/2018 wieder auf die Agenda setzen.

2. Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau hat aus Umweltperspektive deutliche Vorteile gegenüber der konventionellen Landwirtschaft: Auf synthetische Pflanzenschutzmittel wird verzichtet, der Stickstoffüberschuss ist deutlich geringer, ebenso der Energieeinsatz pro Fläche sowie der CO₂-Fußabdruck pro Produkt. Der Ökolandbau trägt zudem erheblich dazu bei, die biologische Vielfalt zu erhalten. Das fördern neben dem geringeren Düngemittel- und Pestizideinsatz auch vielgliedrige Fruchtfolgen. Die Verbraucher wollen „Bio“. Die Nachfrage nach Ökoprodukten in Deutschland ist derzeit doppelt so hoch wie die inländische Produktion.⁵ Noch liegt der Anteil des ökologischen Landbaus an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche weit hinter den Zielen zurück. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sieht einen Anteil von 20 Prozent vor. Im Jahr 2012 lag er bei nur 6,2 Prozent.⁶

- **Umstellung auf den Ökolandbau unterstützen**
Die Umstellung auf den ökologischen Landbau kostet Landwirte für eine Übergangszeit zusätzliches Geld, ohne dass bereits entsprechende Einnahmen gegenüberstehen. Daher wird die Umstellung im Rahmen der zweiten Säule der EU-Agrarförderung unterstützt. Die dafür vorgesehenen Mittel in den länderspezifischen Förderprogrammen sollten so umfangreich sein, dass interessierte Landwirte gesicherten Zugang zur Umstellungsförderung haben und die Nachfrage nach Bioprodukten zukünftig möglichst weitgehend mit heimischer Produktion gedeckt werden kann.
- **Ökokontrollen weiterentwickeln**
Verbraucherpolitisches Ziel ist es, die Nachfrage und das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bioprodukte weiter zu erhöhen. So sollten im Rahmen einer Novellierung der EU-Ökoverordnung, die Rückverfolgbarkeit und die Kontrollen von Bioprodukten verbessert werden. Private Bioverbände setzen zum Teil über die EU-Kriterien hinausgehende Standards, schließen zum Beispiel verschiedene Zusatzstoffe aus. Wichtig für den nationalen Qualitätswettbewerb ist es dabei, dass die Standards für Verbraucher klar erkennbar sind. Eine Vereinheitlichung der Standards der Verbände würde zudem die Kommunikation stärken.

3. Fleischproduktion und -konsum

Der Fleischkonsum der Deutschen hat in den vergangenen 60 Jahren drastisch zugenommen: Lag der Fleischverzehr 1950 noch bei 26,2 Kilogramm pro Person und Jahr, waren es 2012 bereits 59,5 Kilogramm.⁷ Mit der Nachfrage und dem Export steigt die Fleischproduktion – und damit die Emission von Treibhausgasen und der Stickstoffüberschuss durch Gülle in den Regionen mit intensiver Tierhaltung. Und die Tiere brauchen Futter: In Deutschland wachsen auf fast der Hälfte des Ackerlandes (45 Prozent) Futtermittel.⁸ Zusätzlich sind Futtermittelimporte nötig. Die jährlich eingeführten Futtermittel enthalten rund 400.000 Tonnen Stickstoff⁹, was den Stickstoffüberschuss verschärft. Der Anbau der Futtermittel erfordert große Flächen, die für den direkten Nahrungsmittelanbau verloren gehen. Die intensive Tierhaltung ist zudem eng mit dem Einsatz von Tierhormonpräparaten verbunden. Die Haltungsbedingungen müssen daher tier- und umweltfreundlicher gestaltet und ein bewusster Fleischkonsum gefördert werden.

- **Anzahl der Tiere an die landwirtschaftlich genutzte Fläche binden**
Zugunsten der Umwelt ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Zahl der Tiere und der Ackerfläche nötig. Das Ziel sollten maximal zwei Großvieheinheiten – das entspricht etwa zwei Milchkühen, 13 Mastschweinen oder 600 Legehennen – pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche sein. Bund und Länder haben eine Reihe von Möglichkeiten, steuernd einzugreifen. So sollten beispielsweise nur Betriebe, die ein ausgewogenes Verhältnis aufweisen, Privilegien, etwa im Baurecht, und Investitionsförderung erhalten.
- **Tier- und umweltgerechte Haltung stärken**
Das Agrarinvestitionsförderungsprogramm sollte systematisch tier- und umweltgerechte Haltungssysteme unterstützen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen durch eine gesetzlich verbindliche Kennzeichnung Produkte aus einer tiergerechten Haltung erkennen können. Die Lebensqualität der Anwohner und die Natur müssen vor allem in Regionen mit intensiver Tierhaltung geschützt werden. Emissionen in Form von Bioaerosolen, Gerüchen, Nährstoffen und Staub sollten daher mithilfe moderner Technik wie speziellen Filtern minimiert werden.
- **Informationen ausbauen und Alternativen präsentieren**
Es muss nicht immer Fleisch sein: Verbraucherinnen und Verbraucher sollten stärker über die Vorteile eines bewussten Fleischkonsums für Mensch, Tier und Umwelt informiert werden. Die Bundesregierung sollte daher deutlicher die umwelt- und gesundheitsbezogenen Folgen eines hohen Fleischkonsums vermitteln und verbrauchergerechte Informationen zu pflanzlichen Alternativen bereitstellen. Industrie und Handel können durch ein attraktives Angebot und eine zuverlässige Kennzeichnung vegetarischer Produkte ebenfalls Anreize schaffen.

4. Lebensmittelabfälle

Jedes Lebensmittel, das in der Tonne landet, ist eine unnötige Verschwendung von Ressourcen. In Deutschland werden ungefähr elf Millionen Tonnen Lebensmittel im Jahr entsorgt.³ Vermeidbare Lebensmittelabfälle werden auf allen Stufen der Lebensmittelkette verursacht – in der Verarbeitung und Industrie, im Handel und bei Großverbrauchern wie Kantinen oder Gastronomie. Auch in den Haushalten werden viele Lebensmittel weggeworfen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebensmittelabfälle bis zum Jahr 2025 zu halbieren. Um das zu erreichen, ist es nötig, alle Akteure einzubeziehen.

- **Hürden für Verbraucher abbauen**

Bislang wird beim Thema Lebensmittelabfälle eine zu einseitige Diskussion über die Rolle des Verbrauchers geführt. Hersteller und Handel stehen in der Verantwortung, durch Produktkennzeichnung und Vermarktungspraktiken Lebensmittelabfälle zu reduzieren. So sollten sie für eine klare Unterscheidbarkeit von Mindesthaltbarkeitsdatum und Verfallsdatum sorgen. Des Weiteren müssen die privaten Qualitätsanforderungen des Handels zu Makellosigkeit, Größe und Form von Lebensmitteln daraufhin überprüft werden, ob sie notwendig sind oder zum Abfallaufkommen beitragen. Verbraucherforschung muss zudem untersuchen, welche Anforderungen Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich an Produkte haben und ob diese noch mit den Anforderungen des Handels übereinstimmen.

- **Datenlage verbessern**

Lebensmittelabfälle entstehen in allen Produktionsstufen. Um die besonders problematischen Bereiche zu erkennen und Ursachen zu identifizieren, muss die Datenbasis verbessert werden. Erforderlich ist vor allem, dass auf EU-Ebene eine europaweit einheitliche Methodik zur Erfassung von Lebensmittelabfällen abgestimmt wird.

- **Verbraucherbildung stärken**

Jede Verbraucherin und jeder Verbraucher kann dazu beitragen, Lebensmittelabfälle zu reduzieren. Bereits existierende kurzfristige Maßnahmen zur Aufklärung der Verbraucher sollten im Rahmen eines langfristig ausgerichteten Konzepts zur Verbraucherbildung gesichert werden. Die Wissensvermittlung sollte schon in der Schule beginnen.

Quellen:

- 1 Osterburg B., Kätsch S., Wolff A. (2013): Szenarioanalysen zur Minderung von Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft im Jahr 2050. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Rep 13.
- 2 Fuchs, S.; Scherer, U.; Wander, R.; Behrendt, H.; Venohr, M.; Opitz, D. et al. (2010): Berechnung von Stoffeinträgen in die Fließgewässer Deutschlands mit dem Modell MONERIS. Nährstoffe, Schwermetalle und Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe. 1. Aufl. 1 Band. Dessau-Roßlau (UBA-Texte, 45/10).
- 3 Universität Stuttgart (2012): Ermittlung der Mengen weggeworfener Lebensmittel und Hauptursachen für die Entstehung von Lebensmittelabfällen in Deutschland. Zusammenfassung einer Studie der Universität Stuttgart, Faktenblatt.
- 4 Bundesumweltministerium/Umweltbundesamt (2010): Wasserwirtschaft in Deutschland – Teil 2. <http://www.bmu.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/bmu-broschuere-wasserwirtschaft-in-deutschland-teil-1-grundlagen-und-teil-2-gewaesserguete/>
- 5 Umweltbundesamt (2011): Daten zur Umwelt 2011: Umwelt und Landwirtschaft: <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/daten-zur-umwelt-2011>; Köpke & Küpper, 2013: Marktanteile im Segment Bio-Lebensmittel. Folgen und Folgerungen.
- 6 Umweltbundesamt (2013): Indikator: Ökologischer Landbau: <http://www.umweltbundesamt.de/indikator-oekologischer-landbau>
- 7 Deutscher Fleischer-Verband (2013)
- 8 Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland (2012)
- 9 BMEL (2013): Nährstoffbilanz insgesamt: <http://berichte.bmelv-statistik.de/MBT-0111290-0000.xls>